

# magazin

für beamtinnen und beamte

**DGB**

Sonder-Info

Ausgabe 02.2010 11.02.2010

## Kein Geld da!?

### Tarif- und Besoldungsrunde 2010 hat Signalcharakter



[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)



# Titel



**Unmittelbar vor der dritten Verhandlungsrunde in der Tarifaufeinanderersetzung mit Bund und Kommunen verweigern die Arbeitgeber immer noch ein Angebot. Der Tariflohnentwicklung in der Bundesrepublik und den keineswegs schlechten Aussichten für die Konjunktur zum Trotz erklären sie, Geld sei nicht vorhanden. Die Gewerkschaften gehen indessen zu Aktionen über. Bis zum 10. Februar rollt die erste Warnstreikwelle mit über 80.000 Streikenden. Auch die Beamtinnen und Beamten des Bundes melden sich zu Wort.**



Die Verhandlungsführer der Gewerkschaften auf dem Weg zur Pressekonferenz. Foto: Ulla Spiekermann

Kein Angebot bis zur dritten Verhandlungsrunde: Nach Auffassung von ver.di-Chef Frank Bsirske haben sich die Arbeitgeber innerlich schon in die Schlichtung verabschiedet. Nicht einmal andeutungsweise lassen sie durchblicken, ob und welche Perspektiven im derzeit festgefahrenen Tarifkonflikt bestehen. Zu groß ist die Furcht davor, den Schlichtern eine Vorlage zu bieten, auf die weitere materielle Bestandteile aufgesattelt werden könnten. Stattdessen wird lakonisch auf die leeren Kassen von Bund und Kommunen verwiesen. „Fünf Prozent Rezession und fünf Prozent mehr für die Beschäftigten im öffentlichen

rechnen – für deren chronisch klamme Kassen unbestritten eine existenzielle Bedrohung. Das Krisenjahr 2009 kennt aber auch Gewinner: Deutsche Bank-Chef Ackermann konnte stolz einen Gewinn von 5 Milliarden Euro verkünden. Der Deutsche Aktienindex (Dax) legte um 23 Prozent zu und auch die Bilanzen der wichtigsten Unternehmen im Dax waren mehr als gut. Selbst dem schwer angeschlagenen Autobauer Opel scheint es wieder so gut zu gehen, dass seine Vorstandsetage 2010 mit üppigen Bonuszahlungen rechnen kann. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in wachsenden Privatvermögen wider: Um 60 Prozent nahmen die Nettovermögen der Deutschen von 1993 bis 2005 zu, auf insgesamt gewaltige 7,6 Billionen Euro, mehr als das Fünffache der Staatsverschuldung. Vor diesem Hintergrund müsste der Staat deutliche Mehreinnahmen erzielen können, das Gegenteil aber ist der Fall: Über ein Jahrzehnt wurden systematisch Steuergeschenke für Besserverdienende, Großunternehmen und reiche Erben gemacht. „Öffentliche Armut und privater Reichtum sind hierzulande zwei Seiten einer Medaille“ fasst es der Bereich Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand zusammen, denn: 60 Prozent der privaten Vermögen gehören den zehn Prozent Reichsten der Reichen. Die Folgen der Krise sollen von Beschäftigten in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst geschultert werden.

## Kein Geld da!?

### Tarif- und Besoldungsrunde 2010 hat Signalcharakter

Dienst, das passt nicht zusammen“ erklärte der Verhandlungsführer des Bundes, Innenminister Dr. Thomas de Maizière. Aus gewerkschaftlicher Sicht eine fadenscheinige Argumentation: Man könne nicht Steuergeschenke für reiche Erben und Hoteliers machen und anschließend beklagen, dass man kein Geld mehr habe, konterte Bsirske. Die Gewerkschaften befürchten, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise auf Jahre hinaus ein Totschlagargument gegen Lohnforderungen im öffentlichen Dienst werden könne. Der aktuelle Tarifkonflikt hat deshalb Signalcharakter.

### Öffentliche Armut – privater Reichtum

Ist wirklich kein Geld da? Zweifel sind angebracht. Die Rettungspakete für die Banken und die milliardenschweren Konjunkturmaßnahmen haben zweifellos eine Menge Geld gekostet, überwiegend finanziert durch eine beispiellose Rekordverschuldung. Die Kommunen müssen in den nächsten Jahren mit erheblich geringeren Steuereinnahmen

### Hausgemachte Probleme

Die Probleme sind hausgemacht: Systematischer Steuerverzicht und das neue Verschuldungsverbot drohen in eine Abwärtsspirale zu führen, die Bund, Ländern und Kommunen schon bald die Luft abdrücken könnte. Zwar soll die „Schuldenbremse“ erst ab 2016 greifen, bis dahin müssten die öffentlichen Haushalte aber drastisch nach unten gefahren werden. Das erklärt zum Großteil, warum die Arbeitgeber sich so hartnäckig zeigen. Aber was ist die Konsequenz? Erkennbar ist bereits, dass die Länder auf massiven Personalabbau setzen: Der öffentliche Dienst soll schrumpfen und mehr Geld für seine Beschäf-

# Titel

→ tigten dürfte es nach dieser Logik auch nicht geben. Ein Vorhaben, das an der Realität und dem Willen der Beschäftigten scheitern dürfte. Schließlich war die Tarifentwicklung 2009 keineswegs rückläufig: Um 2,6 Prozent legten die Einkommen durchschnittlich zu, errechnete das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans Böckler Stiftung. „Selbst in Wirtschaftszweigen mit geringen Tarifsteigerungen ergibt sich ein reales Plus“, erklärte der Leiter des WSI-Tarifarchivs Dr. Reinhard Bispinck. verdi-Ökonom Norbert Reuter sieht deshalb in einer Stärkung der Binnennachfrage einen weitaus besseren Weg aus der Krise als durch Steuergeschenke (siehe Gastbeitrag S. 6). Eine gute Motivation für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

## Gewerkschaften in Aktion

Es gibt also nicht nur Verteilungsspielräume, die Gewerkschaften sind auch handlungsfähig. Sollten die Arbeitgeber gehofft haben, das Bedrohungsszenario würde die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einschüchtern, haben sie sich offenkundig geirrt: Zehntausende nahmen an der ersten Warnstreikwelle teil. Bestreikt wurden kommunale Krankenhäuser, die Müllabfuhr, der öffentliche Personennahverkehr und zahlreiche Behörden. Auch im Bund kam es zu ersten Arbeitskampfmaßnahmen.



„Wer hochwertige öffentliche Dienstleistungen will, muss seine Beschäftigten auch anständig bezahlen.“  
Foto: DGB



Mehr Bewegung forderten Kundgebungsteilnehmer in Potsdam von den Arbeitgebern.  
Foto: Kay Herschelmann

## Kollekte für's Bundesfinanzministerium

Nicht nur die Tarifbeschäftigten, auch rund 125.000 Beamtinnen und Beamte und mehr als 640.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes sind von der Einkommensrunde unmittelbar betroffen. Hinzu kommen die 140.000 Beamtinnen und Beamten bei Post, Postbank und Telekom. Für sie alle haben DGB und Gewerkschaften gleichfalls die Forderung einer Einkommensverbesserung von 5 Prozent im Volumen entsprechend dem Tarifergebnis erhoben. Frühzeitig machten sie deutlich, dass sie nicht leer ausgehen dürften: Am 8. Februar demonstrierten vor dem Bundesfinanzministerium mehrere hundert ver.di-Beamte für mehr Besoldung und Versorgung. Ihre Botschaft: Wer hochwertige öffentliche Dienstleistungen will, muss seine Beschäftigten auch anständig bezahlen. Symbolisch sammelten die Beamtinnen und Beamten Geld für den klammen Finanzminister und überreichten die Kollekte zusammen mit einer Resolution an Finanzstaatssekretär Gatzer. Dieser äußerte zwar Verständnis für die Interessen der Beschäftigten, wiederholte letztlich aber nur die bekannten Argumente: Geld sei nicht vorhanden.

## Schlichtung im Kopf

Mit der dritten Verhandlungsrunde wird die Frage der Schlichtung aktuell. Sollten die Verhandlungen auch in dieser Runde ergebnislos verlaufen und die Arbeitgeber weiter kein Angebot vorlegen, ist damit zu rechnen, dass sie sich in die Schlichtung retten wollen. Damit wären die Gewerkschaften zwar an die Friedenspflicht gebunden und müssten ihre Aktionen aussetzen. Fraglich ist aber, ob die Arbeitgeber nach der Schlichtung tatsächlich besser dastünden. Die Schlichter werden kaum eine Nullrunde zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen. Ohne erkennbare Linie der Arbeitgeber laufen diese Gefahr, einen Schlichterspruch zu kassieren, der ihnen gar nicht passen könnte. Lehnen sie ihn ab, wird ihnen im Arbeitskampf der Wind umso rauer um die Nase pfeifen. ■



Dr. Norbert Reuter, Ökonom beim ver.di-Bundesvorstand, zur Tarifforderung

## Fünf Prozent für die Binnennachfrage

Eigentlich hätte es eine leichte Tarifaueinandersetzung werden müssen. Denn mittlerweile hat auch die und der Letzte begriffen, dass Deutschland an vordringlichster Stelle eine Stärkung der Binnennachfrage braucht. Die von den Gewerkschaften geforderte Einkommensverbesserung für die 1,2 Millionen Beschäftigten in den Kommunen und beim Bund würde dem privaten Konsum einen Schub von knapp 4,6 Milliarden Euro geben. Die kämen gerade recht. Jetzt, wo der Exportmotor gewaltig stottert und gleichzeitig die Konjunkturpakete und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen auslaufen.

Doch was machen die öffentlichen Arbeitgeber? Die weisen die Forderungen als „unrealistisch überzogen“ und „nicht finanzierbar“ zurück. Das verstehe, wer will. Denn gerade hat die Bundesregierung mit Unterstützung der Länder im so genannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ fast die doppelte Summe als Geschenk u. a. an Erben, Unternehmen und Hotelbesitzer verteilt. Und kein politisch Verantwortlicher hat „unfinanzierbar“ gerufen. Im Gegenteil: Das sei zur Stützung der Binnennachfrage dringend nötig, wurde argumentiert. Mehr noch: Ab 2011 sollen weitere Steuersenkungen in Höhe von 20 Milliarden Euro kommen – Jahr für Jahr. Dabei sind Steuersenkungen eine äußerst ineffektive Art, die Binnennachfrage anzukurbeln.



Denn hiervon profitieren Reiche und Vermögende besonders. Und bei denen versickert ein erheblicher Teil in höherer Ersparnis und Spekulation. Höhere Einkommen für die Beschäftigten sind dagegen die beste Stütze für den privaten Konsum.

Zudem: Der öffentliche Dienst war schon in der Vergangenheit das Sparschwein der Nation. Die Ausgaben für öffentlich Beschäftigte betragen nicht einmal mehr sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Anfang der 1990er Jahre waren es noch neun Prozent, der Durchschnitt in der Europäischen Union beträgt 10,5 Prozent. Es muss endlich Schluss sein mit einer Politik der ständigen Steuersenkungen, die vor allem Reichen und Vermögenden zugutekommen. Denn das ist der wahre Grund für die klammen öffentlichen Kassen. Allein die Steuerreformen seit 1998 haben den Staat bislang rund 300 Milliarden Euro gekostet. Insofern dürfen sich die Beschäftigten nicht ins Bockshorn jagen lassen. Sozial ist, was jetzt schnell und direkt Kaufkraft schafft. ■

### Das RentenPlus



## Gute Planung zahlt sich aus.

### Mit staatlicher Förderung für das Alter vorsorgen.

Riester-Rente mit Sondertarif für Gewerkschaftsmitglieder

Die Vorteile sind

- hohe garantierte Rente
- hohe staatliche Förderung
- günstige Sondertarife
- gute Beratung

Rentenversicherung „Klassik“ oder „Chance“

Debeka (Konsortialführer)	DEVK
Tel.: 0180-5006590-10	Tel.: 0180-5006590-40
BHW	HUK-COBURG
Tel.: 0180-5006590-20	Tel.: 0180-5006590-50
DBV-Winterthur	NÜRNBERGER
Tel.: 0180-5006590-30	Tel.: 0180-5006590-60

Fondssparen „UniProfiRente“

BBBank  
Tel.: 0180-5006590-70



[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)

# Aus den Ländern



„Über 22.000 Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes haben eindrucksvoll gezeigt, dass sie ein rasches Angebot der Arbeitgeber erwarten“, so die Bilanz von ver.di-Chef Frank Bsirske zum Auftakt der Warnstreikwelle in zehn Bundesländern. Am 1.

Februar waren die Tarifverhandlungen ergebnislos unterbrochen worden. Die Gewerkschaften fordern für die Beschäftigten mehr Geld und Anerkennung ihrer Arbeit.

Schwerpunkte waren in der ersten Februarwoche die kommunalen Krankenhäuser, Kindertagesstätten sowie Bürgerbüros, Arbeitsagenturen und Verwaltungen in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Die kommunale Straßenreinigung in München war wegen der Witterungsverhältnisse zunächst vom Warnstreik ausgenommen. In Baden-Württemberg legten 600 Beschäftigte des Uni-Klinikums Mannheim die Arbeit nieder. Auch die Müllabfuhr und Beschäftigte der Stadtverwaltung gingen auf die Straße. Zur Hauptkundgebung mit Frank Bsirske kamen über 1.000 Beschäftigte. Er warf den Arbeitgebern eine „Hinhaltetaktik“ vor: „Gedanklich haben sie sich schon in die Schlichtung verabschiedet.“

## Mehr Geld für die Beschäftigten statt für teure Prestigeprojekte

Nach diesem Vorgeschmack kam es bereits am 4. Februar zu sehr viel massiveren Auswirkungen. Bundesweit waren über 50.000 Beschäftigte auf der Straße. Vielerorts, so beispielsweise in Stuttgart, wurde der gesamte Nahverkehr lahmgelegt. Beschäftigte der Kommunen waren in Ulm, Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Baden-Baden, Konstanz und Pforzheim im Warnstreik. „Arbeitgeber haben immer Argumente, warum etwas nicht geht, Wirtschaftskrise hin oder her“. „Alles wird teurer, da müssen auch wir sehen, wo wir bleiben“ oder „Wenn für Stuttgart21 so viel investiert wird, kann man das auch fürs Personal ausgeben“, war die Meinung unter den mehr als 5.000 Demonstranten auf der Streikkundgebung in Stuttgart. In der Landeshauptstadt hatte ver.di Notdienstvereinbarungen mit den Kliniken getroffen. Während der Warnstreiks hielten jeweils drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Station die Versorgung aufrecht. Notdienstvereinbarungen gab es auch im Winterdienst. In Nordrhein-Westfalen blieben Müllabfuhr und das Bodenpersonal der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn für Stunden der Arbeit fern. In Berlin waren Beschäftigte aus dem OP-Bereich sowie Lehrkräfte und Schüler der Vivantes-Schule zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Erste Warnstreiks auch in Sachsen: In den Kliniken in Dresden-Friedrichstadt und Rochlitz legten die Beschäftigten für drei Stunden die Arbeit nieder. Im Laufe der Woche wurden die Aktionen ausgeweitet.



Auch in Hessen waren tausende Beschäftigte dem Streikaufruf der Gewerkschaften gefolgt.  
Foto: Barbara Dietz-Becker

## Nach Bankenrettung und Abwrackprämie soll der öffentliche Dienst leer ausgehen

Erste Warnstreiks gab es auch in Kindertagesstätten. Die GEW zählte über 3.000 Beschäftigte bei Kundgebungen in München, Ingolstadt und Nürnberg, darunter mehrere hundert Erzieherinnen, Sozialpädagogen und Lehrkräfte aus kommunalen Schulen. Die Teilnehmer/innen kritisierten, dass der Staat zwar für die Rettung von Banken und der Autoindustrie Milliarden übrig habe, nicht aber für den öffentlichen Dienst. Verhandlungsführerin Ilse Schaad: „Für die nächste Ver-

# Warnstreikwelle angerollt

Öffentlicher Dienst kämpft für mehr Geld und Anerkennung

handlungsrunde erwarten wir ein Angebot der Arbeitgeber.“ Geplant sei eine Ausweitung der Warnstreiks, schwerpunktmäßig in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

## Signal für die Arbeitgeber

Am 8. Februar, zwei Tage vor Fortsetzung der Tarifrunde in Potsdam, kam es in verschiedenen Teilen des öffentlichen Dienstes in Brandenburg zu Streiks. In Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam trafen sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu Kundgebungen, um den Gewerkschaftsforderungen Nachdruck zu verleihen. Frank Bsirske: „Wir können nur hoffen, dass die Arbeitgeber das Signal aufnehmen.“ ■

## Forderung mit Augenmaß

**Fünf Prozent mehr im Gesamtvolumen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen fordern die Gewerkschaften in der laufenden Tarifrunde. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes fordern ver.di, TRANSNET, GdP und GEW die Übertragung des Tarifiergebnisses in entsprechendem Umfang. Die Arbeitgeber finden das maßlos. Das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ hat die Verhandlungsführer der Gewerkschaften gefragt, warum sie ihre Forderungen für gerechtfertigt halten.**



### **Einsatzbereitschaft muss sein**

Sozial ist, was Kaufkraft schafft. Das sichert Arbeitsplätze. Unter diesem Motto ist ver.di in die Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen gegangen. Das Gesamtvolumen der Forderung beträgt fünf Prozent. Darin enthalten ist eine lineare Anpassung mit sozialer Komponente. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes liegt die Priorität auf einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Ergebnisses und der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf das Tarifniveau. ver.di kann diese Forderungen aber nicht alleine durch Verhandlungen durchsetzen, wie der bisherige Verlauf zeigt. Die Grundlage unseres Einflusses ist nicht nur die Arbeitskampffähigkeit, sondern die breite Zustimmung der Beschäftigten durch einen guten Organisationsgrad. Und da sollten die Beamtinnen und Beamte aktiv für ihre Interessen eintreten. ■

Achim Meerkamp, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes



### **Lohnzurückhaltung ist Gift für die Konjunktur**

Neben den Forderungen im Gesamtvolumen von fünf Prozent – Tabellenwerte, Altersteilzeit, Aufstiege – fordert die GEW, die in der letzten Tarifrunde 2009 mit den Ländern erreichten Verbesserungen für Lehrerinnen und Lehrer auch in den Geltungsbereich des TVöD zu übernehmen. Auch bei Lehrkräften an kommunalen Schulen und bei der Bundeswehr muss das Referendariat wenigstens mit sechs Monaten auf die Stufenlaufzeit angerechnet werden. Die GEW lässt sich vom Gejammer über leere öffentliche Kassen nicht beeindrucken. Wer Steuergeschenke an Erben und Hoteliers verteilen kann, hat kein Recht, von seinen Beschäftigten Bescheidenheit einzufordern! Die öffentlichen Arbeitgeber müssen, anders als ein Klein- oder Mittelbetrieb, auch gesamtwirtschaftlich denken. Lohnzurückhaltung ist Gift für die Konjunktur, für die Motivation und die Nachwuchsgewinnung. ■

Ilse Schaad, Mitglied des GEW-Hauptvorstandes



### **Arbeitgeber bekunden Mangel an Wertschätzung**

Die GdP fordert fünf Prozent im Gesamtvolumen und die Übertragung des Gesamtvolumens auf die Besoldungs- und Versorgungsbezüge der Beamten und Versorgungsempfänger – insgesamt eine durchdachte, mit Augenmaß gestellte Forderung. Die Arbeitgeber sehen das naturgemäß anders. Aber mit welcher Arroganz sie die gewerkschaftliche Forderung als maßlos bezeichnen, ist einmalig. Die Beschäftigten sollen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zahlen, die andere verursacht haben. Ihnen werden Nullrunden, Gehaltskürzungen und Personalabbau angedroht. Sie sollen schuld sein an bevorstehenden Leistungskürzungen. Die damit dokumentierte mangelnde Wertschätzung ihrer Arbeit haben unsere Kolleginnen und Kollegen nicht verdient. Stattdessen gibt's unverdient Milliarden Geschenke für reiche Erben und Hoteliers. Da ist etwas aus den Fugen geraten! ■

Konrad Freiberg  
Bundesvorsitzender der GdP



### **Nullrunde? – Nicht mit uns!**

TRANSNET möchte deutliche strukturelle Verbesserungen des Dienstrechts sowie eine angemessene Erhöhung der Bezüge für die Beamtinnen und Beamten erreichen. Strukturelle Verbesserungen sind notwendig, um den öffentlichen Dienst leistungsfähig zu halten. Der öffentliche Dienst muss eine Perspektive und Alternative zur Wirtschaft sein. Deshalb müssen die hervorragenden Leistungen der Beamtinnen und Beamten, die eine effektive öffentliche Daseinsvorsorge erst ermöglichen, ordentlich honoriert werden. Die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit haben die Beamtinnen und Beamten unter Beweis gestellt. Es kann nicht sein, dass Unsummen in die Wirtschaft gesteckt werden und bei den Beamtinnen und Beamten, die nichts für die wirtschaftliche Schiefelage können, nun gespart wird. ■

Martin Burkert  
Vorstandsmitglied der TRANSNET